



## Reformen

### *Islam aus, in und für Deutschland?*

Präsident Trump lässt weiter die Grenze zu Mexiko befestigen, Foto, wo im Süden Karawanen aus Mittelamerika sind, um massenhaft Asyl zu beantragen. Er sieht noch seine Chance, die gewünschten \$5 Md. für den Grenzausbau zu erhalten, und sei es durch Schließung der Regierung. Sein Motto ist, ein Land ohne Grenzkontrolle sei keine Nation. Darüber gibt es Zwiste mit der Opposition, wo die Tagesberichte um einige zum Teil mit Gewalt gegen Grenzer vorgehende Personen einen Schub an Realität bringen. Viele sind für Zuwanderung, jedoch möge sie legal nach den Gesetzen laufen. Diese muss der Kongress überholen.

TWH Foto Grenzzaun am Ozean 191118



Inzwischen stimmte der Senat 63/37 – 2019 haben dort Republikaner dann 53 Stimmen, die Opposition 47 – für das 2018 Saudi-Arabien Verantwortlichkeits- und Jemen-Gesetz. Sollte es in Kraft treten, verfügt es die US-Strategie zur Beendigung des Krieges im Jemen, dazu Sanktionen für pro-al-Huthi-Kräfte wie Iran; die Bewertung der Rolle von al-Qaida und Islamstaat IS; ein Ende des Waffentransfers an Saudi-Arabien und der Hilfe für dessen Koalition; sowie Sanktionen gegen Verantwortliche des Mordes an Jamal Khashoggi. Laut Außenminister Pompeo gebe es keinen Beweis um das Wissen des Kronprinzen darüber. Muhammad Bin Salman reiste nach Tunis und Kairo, dann zum G20-Gipfel in Argentinien.

Am Nil liefen gerade Gespräche der Versöhnung zwischen den Vertretern der Hamas aus Gaza und der Fatah aus Ramallah, wo Palästinenserchef Abbas gern die volle Souveränität über den Gaza-Streifen erlangen will. Dies wäre eine Voraussetzung, dass Mahmud Abbas mit am Tisch sitzen könnte, ginge es ab Januar auch um den US-vermittelten Friedensplan.

Einige Staaten, darunter ab Januar Brasilien unter Präsident Jair M. Bolsonaro, signalisierten eine härtere Gangart gemeinsam mit Amerika gegen die Hizballah und Hamas. Brasilien will sie auf den Terrorindex setzen, die auch in Argentinien mit ihren Aktivitäten auffielen. Bolsonaro meinte zudem, wohl die Botschaft Brasiliens nach Jerusalem zu verlegen.

### **Problemtrio**

In der G20 gibt es drei gleiche Probleme: Terror, Migration und Kriege, vor allem in und aus Mittelost. Vielleicht klettert Präsident Putins Russland neben China und Iran höher auf der Prioritätenskala, nachdem er die Souveränität der Ukraine in der Meerenge von Kertsch angriff und nicht einmal gefangene Matrosen freigab: am 25. November nahm die russische Marine drei ukrainische Marineboote ein, die vor der Krim durch jene Meerenge in das Asowsche Meer einliefen. Donald J. Trump sagte das geplante Treffen in Buenos Aires ab.

Eigen gab sich Hillary R. Clinton, ursprünglich Avantgardistin offener Grenzen. Am 22. November plädierte sie dafür, dass nun die Immigration in Europa reduziert werden müsse. Diese habe zum Brexit, zu Trumps Wahl und zum Aufschwung rechter populistischer Bewegungen beigetragen. Europas Führer mögen ansagen, nicht mehr Migration zu fördern. Von denen wirken nun einige wie Angela Merkel am UN-Migrationspakt, der das anspricht.

## Deutscher Islam laut Grundgesetz?

Über 200 Muslime, Forscher und Praktiker prüften auf der vierten Deutschen Islam Konferenz, DIK, ob und wie sich Muslime integrieren. Ging es seit 2006 um deren Dachverbände, so kamen mehr freie Muslime: Islamismus-Kritiker wie die Gründerin der Berliner Ibn-Rushd-Goethe-Moschee Seyran Ateş oder die Experten Ahmad Mansur und Hamed Abdel-Samad. Die drei begleiteten 15 Leibwächter, was für eine aktuelle Misere. Ateş und Mansur fördern gleichwohl die "Initiative säkularer Islam" – ein Gegengewicht zu den Verbänden. Die DIK soll kritische Dialoge Staat-Muslime, unter Muslimen sowie interreligiös vor Ort befördern. Strittig ist die Frage der Imame aus der Türkei und des Moscheeverbandes. Ankara bestallt Imame für fast 900 Moscheen. Laut Heimatminister Seehofer soll der Einfluss sinken. Hier folgt meine sinngemäß verkürzte Auswahl aus der Rede (siehe seinen Artikel).

*Aus der Rede Innenminister Seehofers, 4. Deutsche Islam Konferenz, Berlin 28. November 2018*

- \*Muslime gehören zu Deutschland und haben dieselben Rechte und Pflichten wie jeder hier in Deutschland
- \*wie kann indes ein Islam gefördert werden, der deutsche Wurzeln hat – ein Islam der deutschen Muslime?
- \*Förderansatz Haushalt [Koalitionsvertrag]: "Moscheen für Integration – Öffnen, Vernetzen, Kooperieren"
- \*Moschee-Gemeinden sollen sich für ihre Nachbarn öffnen für ein allseitiges Zusammengehörigkeitsgefühl
- \*in letzten 2-3 Jahren Zugewanderte: Achtung der Grundwerte, Nutzung der deutschen Sprache, Ehrenamt
- \*Ausbildung, Einsatz von religiösen Personal wie schon 2009 betont in Deutschland aufgewachsene Imame
- \*nach zehn Jahren universitäre Zentren für islamische Theologie, wie weiter Entwicklung von Gemeinden?
- \*Deutschland heimischer Islam: geteilte Werte, Prävention islamistischer Extremismus und Antisemitismus
- \*wachsendem Antisemitismus entschieden entgegnetreten – Lehren aus der Nazi-Zeit gelten für alle Bürger
- \*Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, ist nur zustimmen: das Verhältnis unter den Muslimen und Juden ist meist ganz unkompliziert, solange es sich um Muslime handelt, die nicht indoktriniert sind
- \*Dimension eines Islams in, aus und für Deutschland stehen im Zentrum, Integrationsförderung und Imame
- \*DIK langfristig für Integration von Islam und Muslimen, Dialogresultat: Islam aus, in und für Deutschland

Quelle Henning Schacht BMI



Seehofers Kernfrage: Wie kann sich ein Islam in Deutschland entwickeln, der in unserer Gesellschaft verwurzelt ist und damit die Werte sowie die Lebensart unseres Landes teilt – ein Islam in, aus und für Deutschland, ein Islam der deutschen Muslime? Aber wer Geschichte bedenkt, wird bescheiden. Der Islam kam vor 1.400 Jahren aus Arabien, wie auch das judäo-christliche Erbe aus Mittelost mit 6.000 und 2.000 Jahren Geschichte, sodann 1.000 Jahre deutsche Geschichte. Will der Minister die Frage in vier Jahren klären?

Orthodoxe sagen, Islam ist Islam, weder in Regional- noch Reformarten. Sie sehen sonst eine "Wertediktatur", ihren Glauben zu modernisieren. Was bliebe da vom Islam? Muslime sollen jetzt Glaubenskulturen in Europas Demokratien kompatibilisieren. Wie sie nach der Ausbildung einheimische Imame einsetzen, sei Sache ihrer finanziellen Selbstorganisation.

## Kulturen

Reformen, die sonst tausend Jahre an Demokratiewerdung brauchten, sollen im Zeitraffer laufen, noch dazu aus einer Hauptregion, die oft Gegenteile davon erzeugt hat. Ein Besuch in islamischen Räumen der Briten zeigt zudem das große Beharrungsvermögen, da es nicht zuletzt um einige Kulturen geht. Sicher, in Mittelost, Europa und Amerika reiften nun viele Reformgebote, die Muslime betreffen, mal in ihren Kulturen, dann im anderen Westen. Es gibt Fälle aus Tunesien und Ägypten über Saudi-Arabien bis Frankreich, wobei Emmanuel Macrons "Neuordnung des französischen Islams" von oben versendet. Hingegen setzte die DIK eher von unten an, indem sie Betreffenden die Hauptrollen gibt. Selbst wenn die eben angedeutete historische Dimension allein bedenklich stimmt, so beginnt in DIK-Debatten ein sehr langer Weg mit den ersten Schritten.

Wolfgang G. Schwanitz